

Schwedens Nuklearindustrie im Steuer-Schwitzkasten

- 3. Okt. 2015

Vorzeitige Abschaltung älterer Reaktoren aus Rentabilitätsüberlegungen



Das Kernkraftwerk Oskarshamn in Schweden soll durch die Steuerhintertür abgeschaltet werden.

PD

Der Europäische Gerichtshof hat eine Steuer geschützt, die Schweden auf die Kapazität von Kernkraftwerken erhebt. Zusammen mit billigen Strompreisen schnürt das den AKW-Betreibern die Luft ab.

RUDOLF HERMANN, STOCKHOLM

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg, das oberste Justizorgan der EU, hat keine Einwände gegen das schwedische Modell einer Besteuerung der Kapazität von Kernkraftwerken. In einem am Donnerstag bekanntgewordenen Beschluss befand das Gericht, dass diese Steuer nicht unter die einschlägigen Richtlinien der EU falle und somit in nationaler Kompetenz liege. Damit

bestätigte der EuGH einen früheren Entscheid eines schwedischen Verwaltungsgerichts.

«Politisch motiviert»

Gegen die Steuer hatte 2009 die Gesellschaft OKG AB, die das Kernkraftwerk Oskarshamn an der schwedischen Ostküste betreibt, Klage eingereicht. Die Argumentation lautete, dass es sich um eine verdeckte Verbrauchssteuer handle, die im Widerspruch zu EU-Direktiven stehe. Die schwedische Berufungsinstanz in Sundsvall, an welche OKG nach dem Verwaltungsgerichtsentscheid rekurrierte, wollte vor der eigenen Beratung zuerst den Befund des EuGH einholen, um auf sicherem Grund zu stehen. Deshalb wurde das Verfahren zunächst unterbrochen. Durch die Position des EuGH gerät die schwedische Kern-

kraftindustrie, die ohnehin schon in einem schwierigen Umfeld wegen eines Strom-Überangebots auf dem nordischen Markt operiert, zusätzlich unter Druck. Die Abgabe an sich und ihre Höhe reflektieren das schwankende Verhältnis der schwedischen Politik zur Kernenergie in den Kraftfeldern von Energiesicherheit, Klimaschutz und Vorbehalten gegenüber der Atomkraft im Zusammenhang mit Unfällen wie Tschernobyl oder Fukushima.

Seit dem Antritt der rot-grünen Regierung Löfven vor einem Jahr stehen die Betreiber von Kernkraftwerken wieder in schärferem Wind, was sich zuletzt in einer Verschärfung der Kapazitäts-Steuer auf Anfang August niederschlug. Seitens des staatlichen schwedischen Energiekonzerns Vattenfall wurde die Steuererhöhung als rein politisch begründet bezeichnet.

Laut Angaben aus Industriekreisen macht die Steuer rund ein Viertel der Produktionskosten von Atomstrom aus, was einen beträchtlichen Kostenblock darstellt und von den Energieunternehmen als den Wettbewerb verzerrend kritisiert wird. Nach Agneta Rising, der Generaldirektorin der World Nuclear Association, entspricht das Volumen der Kapazitäts-Steuer dem Doppelten der Lohnsumme der Angestellten der Kernkraftwerke. Die Erhöhung der Abgabe bezeichnete sie als destruktiv.

Das steuerliche Umfeld wäre für die schwedischen Energiegesellschaften einfacher verkraftbar, wenn sie wenigstens einen finanziellen Rückhalt in den Strompreisen hätten. Doch auch von dieser Seite stehen die Unternehmen unter starkem Druck.

Strompreis-Baisse

Laut der Nachrichtenagentur Bloomberg sind die nordischen Strompreise seit 2008 um 60% gefallen, und eine Erholung sei nicht abzusehen. Der Preis von Forward-Abschlüssen an der Nasdaq-Rohwarenborse Oslo deutet darauf hin, dass der nordische Strompreis in den nächsten zehn Jahren kaum über 30 €/MWh hinauskommen werde. Die Produktionskosten im Kernkraftwerk Oskarshamn seien im vergangenen Jahr deutlich über dieser Marke gelegen.

Die zwei älteren der drei Reaktoren von Oskarshamn sind denn auch im gegenwärtigen Umfeld Kandidaten für

Staatlich sanktionierter Rückbau

Kommentar auf Seite 15

eine vorzeitige Abschaltung. Teilhaber der Betriebsgesellschaft OKG sind der deutsche E.ON-Konzern mit 55% und die halbstaatliche finnische Gesellschaft Fortum mit 45%. Die Aktionäre wollen Mitte Oktober über die Zukunft der Anlage entscheiden. Auch Vattenfall hat vor, die Reaktoren Ringhals 1 und 2 an der schwedischen Westküste vor dem Ende ihrer technischen Lebensdauer aus Rentabilitätsüberlegungen vom Netz zu nehmen.